

**Senator Dr. Wolfgang Peiner**  
**Vortrag zur Sozialen Marktwirtschaft**  
**Peking, 27. Juni 2006**

- Die Soziale Marktwirtschaft
  - ist eine Wirtschaftsordnung, die das Fundament für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg geschaffen hat und
  - die ein Modell für die Länder der Europäischen Union sein kann.
- Wie kam es in Deutschland zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft?
  - Nach dem Ende des 2. Weltkriegs gab es in Westdeutschland eine „Stunde Null“, in der eine Grundentscheidung für eine Wirtschaftsordnung getroffen werden musste.
    - Dies stellte insoweit auch eine Chance dar, weil der Mut, eine neue Konzeption zu implementieren, in einer vermeintlich ausweglosen Situation eines weitgehend zerstörten Landes ausgeprägter war, als er es z.B. in unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft ist.
    - Der Rahmen wurde dabei von den drei Westalliierten im Sinne einer grundsätzlichen Marktorientierung vorgegeben:

- ✚ Innerhalb dieses Rahmens war Westdeutschland jedoch in seiner Entscheidung weitestgehend frei, wie die Marktwirtschaft ausgestaltet und inwieweit der soziale Ausgleich Teil unserer Wirtschaftsordnung werden sollte.
- Diese Grundentscheidung für eine Wirtschaftsordnung wurde von historischen Erfahrungen und Entwicklungen sowie der traditionellen Wirtschaftsstruktur Deutschlands massiv beeinflusst.
- ✚ Deutschland ist eine Konsensgesellschaft,
- ✚ in der – geprägt durch die katholische Soziallehre und die evangelische Ethik – Gerechtigkeit, Verteilung und der Schutz des Individuums traditionell eine besonders große Bedeutung haben.
- ✚ Deutschland hat früh (1880-1890) staatliche Sozialversicherungssysteme für die Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und seit 1995 auch die Pflegeversicherung auf- und kontinuierlich ausgebaut.
- ✚ Deutschland ist außerdem ein Land, in dem Genossenschaften, öffentlich-rechtliche Sparkassen und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit traditionell eine sehr starke Rolle spielen.

- ✚ Hinzu kommt, dass die Wirtschaftsstruktur bis heute in weit stärkerem Maße durch Personengesellschaften geprägt ist als z.B. im angelsächsischen Raum, wo Kapitalgesellschaften dominieren und
  
  - ✚ Kapitalgesellschaften – bis in die jüngste Zeit hinein – sehr stark durch wechselseitige Beteiligungen miteinander verflochten waren („Deutschland AG“).
  
  - ✚ Historisch bedeutsam sind zudem die Hyperinflation von 1923 und die infolge der Kriegswirtschaft zurückgestaute Inflation der Jahre 1936 bis 1948 (als es zu einem vollständigen Verfall der Reichsmark kam), die prägend für die Deutschen waren und daher die starke (psychologische) Betonung des Wertes einer stabilen Währung erklären.
  
  - ✚ Diese Aspekte haben die Grundentscheidung für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards und Alfred Müller-Armacks massiv beeinflusst.
- Der Entscheidung vorausgegangen war im Frankfurter Wirtschaftsrat 1948 und ab 1949 im 1. Deutschen Bundestag ein engagierter Richtungsstreit:

- Insbesondere die Sozialdemokraten – die sich heute ebenfalls zur Sozialen Marktwirtschaft bekennen - , aber auch Teile der Christdemokraten, waren damals der Auffassung, dass auf die Schrecken der Nazi-Diktatur nur ein demokratischer Sozialismus folgen könne, um in einer Gemeinschaftsleistung den Aufbau voranzubringen und ein hohes Maß sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen,
  - ✚ wozu sie unter Anderem die deutschen Schlüsselindustrien verstaatlichen wollten (Kohle, Stahl).
  
- Die Unionsparteien CDU und CSU waren dagegen der Überzeugung, dass sich der Wiederaufbau des Landes nur über wirtschaftliche Dynamik, ständige Modernisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse erreichen ließ, wozu ein produktives Miteinander im Wettbewerb zur Freisetzung der schöpferischen Kräfte der Menschen notwendig ist.
  
- Das Konzept der Unionsparteien einer Sozialen Marktwirtschaft setzte sich durch als
  - ✚ Ludwig Erhard – der spätere Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler – 1948 die Währungsreform durchführte und danach entsprechende Wirtschaftsreformen auf den Weg brachte.

- ✚ Bestätigt wurde diese Richtungsentscheidung durch den Sieg der bürgerlichen Parteien bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag 1949.
  
- ✚ Hauptziel der Sozialen Marktwirtschaft ist in den Worten ihres geistigen Vaters Müller-Armack, „das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“,
  - ❖ womit sich die Soziale Marktwirtschaft von anderen Ausprägungen des „reinen“ Kapitalismus unterscheidet.
  
  - ❖ Gleichzeitig ist der Sozialen Marktwirtschaft damit ein Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit immanent, der stets aufs Neue aufzulösen ist, was gerade heute eine unserer Hauptaufgaben in Deutschland ist – dazu später mehr.
  
- Die Soziale Marktwirtschaft ist zuletzt im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR gesetzlich definiert worden. Sie wird charakterisiert durch
  - den Schutz des Privateigentums,
  
  - das Bekenntnis zum Leistungswettbewerb,

- die freie Bildung der Preise,
  - und Freizügigkeit von Arbeit, Kapital und Dienstleistungen
  - sowie eine soziale Arbeitsmarktordnung
  - und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes System der sozialen Sicherung.
- Das Ergebnis der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft war – unterstützt durch den Marshall-Plan – das Wirtschaftswunder der späten 40er und 50er Jahre, das – in den Worten Ludwig Erhards – zu „Wohlstand für alle“ führte.
    - Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in den 50er Jahren im Schnitt um 8,2% - vergleichbar mit dem heutigen chinesischen Wachstum – und führte zu Vollbeschäftigung sowie sogar zu einem zwischenzeitlichen Arbeitskräftemangel, was die massive Anwerbung von Gastarbeitern zur Folge hatte.
    - Allein von Juni bis Dezember 1948 wuchs die Industrieproduktion um 40%, bereits 1950 erreichte sie wieder das Niveau von 1936 – und das trotz der Kriegszerstörungen und Demontagen.
    - Nach dem Wiederaufbau der Industrie (Werften, Autos, Chemie, Werkzeugmaschinen) war ein weiterer Motor des Wachstums der Wohnungsbau:

- Fast 20% aller westdeutschen Wohnungen waren im Krieg zerstört worden.
  - Bereits zwischen 1945 und 1950 wurden 470.000 neue Wohnungen gebaut.
  - Danach wurden aber pro Jahr 500.000 Wohnungen und mehr gebaut.
- Unterstützt wurde das Wachstum von der Liberalisierung des westdeutschen Binnenmarktes, nach und nach wurden Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preiskontrollen aufgehoben, es bildete sich ein leistungsfähiger Kapitalmarkt heraus.
  - Besondere Bedeutung für das Gelingen der Sozialen Marktwirtschaft hatte die Schaffung eines Kartellgesetzes und eines unabhängigen Bundeskartellamtes, wozu es nach heftigen Auseinandersetzungen 1957 kam:
    - Der Schutz des Wettbewerbs vor Kartellen und dem Missbrauch marktbeherrschender Stellungen sowie eine wirksame Fusionskontrolle sind elementare Bestandteile unserer Wirtschaftsordnung.
    - Die politischen Auseinandersetzungen waren deshalb so hart, weil die deutsche Wirtschaft schon im Kaiserreich durch Kartelle geprägt war und in der Nazizeit zusätzlich Zwangskartelle in Schlüsselindustrien zur Len-

kung und Steuerung der Wirtschaft gebildet worden waren.

- Es stellte deshalb einen für die Soziale Marktwirtschaft elementaren Durchbruch dar, dass sich Ludwig Erhard mit seinen Vorstellungen durchsetzen konnte.
- In den Anfangsjahren der Bundesrepublik wurden – begünstigt durch den wirtschaftlichen Erfolg – aber auch viele Maßnahmen zur Ausprägung des „sozialen Elements“ unserer Sozialen Marktwirtschaft getroffen:
  - So wurde die erweiterte paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie, die paritätische Mitbestimmung in großen Kapitalgesellschaften, eine Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der übrigen Unternehmen sowie eine weitgehende betriebliche Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 50 Mitarbeitern eingeführt – und danach sogar noch ausgebaut.
  - Es wurde ein umfangreicher Kündigungsschutz für Arbeitnehmer geschaffen und
  - das seit 1880 / 1890 bestehende System der sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung) wurde auf Umlagebasis finanziert und weiter ausgebaut – vor allem durch die Einführung einer „dynamischen Rente“ im Jahr 1956, mit der die Rentner an der Steigerung



der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes teilhaben sollten, so dass die Renten steigen, wenn die Löhne steigen.

- Wenn man heute eine Bestandsaufnahme macht, stellt man fest, dass sich die Rahmenbedingungen Deutschlands seit der Zeit des Wirtschaftswunders verändert haben:
  - Deutschland ist zwar heute noch die weltweit erfolgreichste Exportnation mit einem Anteil von über 10% am weltweiten Export.
  - Dennoch sind wir in den letzten Jahren relativ gesehen im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften zurückgefallen:
    - Wir haben – nicht nur im Vergleich zu China, sondern auch innerhalb der EU – seit Jahren eine Wachstumschwäche:
      - ✚ Zuletzt wurde im Jahr 2000 ein akzeptables reales Wirtschaftswachstum von 3,2% erreicht, danach bewegte sich das Wachstum zwischen 1,6% (2004) und -0,2% (2003),
      - ✚ 2005 wurde ein Wachstum von 1,0% erzielt.
    - Deutschland leidet zudem unter einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote von 10,8%.

- Im Haushalt des Bundes werden mittlerweile über 50% der Mittel für die Soziale Sicherung ausgegeben (Bundesausgaben für Renten, Arbeitsmarkt, Kindergeld usw.) und nur noch 8,9% für Investitionen in die Zukunft dieses Landes,

 was eine gefährliche Schiefelage darstellt.

- Der Wettbewerb der Volkswirtschaften wird jedoch durch die Globalisierung und vor allem auch durch die weitere Integration Chinas und anderer Wachstumsregionen (wie Indien) in den Weltmarkt künftig noch weiter zunehmen.
  - Heute müssen wir feststellen, dass die Arbeitskosten in Deutschland im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten zu hoch sind. Dies gilt insbesondere für die Beitrittsländer zur EU in Mittel- und Osteuropa. Dies führt zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.
  - Insbesondere die Lohnnebenkosten, d.h. die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungssystemen (Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit) sind im internationalen Bereich sehr hoch. Sie betragen insgesamt 40% des Lohnes (je 20% Arbeitgeber und Arbeitnehmer).
  - Daher stellt sich für Deutschland die Frage, ob wir mit der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft

aus der Nachkriegszeit für diesen Wettbewerb noch richtig aufgestellt sind.

- Die Antwort ist, dass wir nicht etwa eine andere Wirtschaftsordnung brauchen, sondern den angesprochenen, der Sozialen Marktwirtschaft immanenten Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit,
  - der ab Mitte der 50er Jahre immer stärker zugunsten der sozialen Gerechtigkeit entschieden wurde,
  - wieder stärker durch die Betonung der wirtschaftlichen Freiheit lösen müssen.
- Diese Grundsatzentscheidung zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ist durch alle Volkswirtschaften zu treffen:
  - In den angelsächsischen Ländern USA und Großbritannien wird traditionell der wirtschaftlichen Freiheit Vorrang eingeräumt, beide Länder orientieren sich zudem stark am Kapitalmarkt (in Großbritannien vor allem seit den Reformen Margaret Thatchers ab 1979).
    - Beide Länder weisen deutlich höhere Wachstumsraten und eine geringere Arbeitslosigkeit als Deutschland auf.
  - In den skandinavischen Ländern hatte man traditionell eine – sogar über das deutsche Maß hinausgehende – Betonung

der Gerechtigkeit. Das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaates war lange Jahre Vorbild für die Sozialdemokratie in Europa. Ein Kennzeichen war zum Beispiel ein hoher persönlicher Steuersatz bis zu 90%.

- Dort kam es deutlich früher als in Deutschland zu Wachstumsschwächen und hoher Arbeitslosigkeit. Der Staat war finanziell überfordert.
  - Dies führte Anfang der 90er Jahre zu einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme und zu einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen Freiheit und Eigenverantwortung.
  - Die Arbeitslosigkeit ist dort seitdem deutlich gesunken, das Wirtschaftswachstum übertrifft das deutsche deutlich.
- Frankreich und Italien betonen das Element der Gerechtigkeit bis heute sehr stark – diese Länder haben sogar größere Probleme als Deutschland (Frankreich setzt außerdem stärker als die anderen europäischen Staaten auf den unmittelbaren Staatseinfluss, auf Staatsunternehmen und einen stark regulierten Arbeitsmarkt).
- In Frankreich und Italien ist ein echter Wille zur Lösung dieser Probleme (noch) nicht zu erkennen.

- Diese Vergleiche zeigen, dass eine stärkere Betonung des freiheitlichen Elements der Sozialen Marktwirtschaft zu größerer wirtschaftlicher Dynamik führt.
- Generell lässt sich in Kontinentaleuropa beobachten (der angelsächsische Raum lässt sich nur bedingt vergleichen, weil dort ein anderes Staatsverständnis vorherrscht), dass in wirtschaftlich guten Zeiten der politische Mehrheitswille für eine Auflösung des Zielkonfliktes in Richtung Sozialer Gerechtigkeit streitet, weil „man es sich ja leisten kann“ und es „etwas zu verteilen“ gibt.
  - Dauerhaft wirtschaftlich erfolgreich bleiben indes nur diejenigen Volkswirtschaften, denen es gelingt, in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten die wirtschaftliche Freiheit wieder stärker zu betonen.
- Was bedeutet die notwendige stärkere Betonung der Freiheit im Zielkonflikt „wirtschaftliche Freiheit – Soziale Gerechtigkeit“ konkret für Deutschland und unsere Soziale Marktwirtschaft?
  - Zunächst müssen wir als Gesellschaft den Begriff „Gerechtigkeit“ neu definieren, weil hiervon die Akzeptanz vieler Maßnahmen – in einer vom Bestreben nach Konsens geprägten Gesellschaft wie Deutschland – abhängt.
    - Gerechtigkeit darf nicht länger im Sinne von „Verteilungsgerechtigkeit“ verstanden werden.

- ✚ Es darf nicht das Ziel sein, durch ein vielschichtiges System der Umverteilung Einkommensunterschiede so gut wie möglich zu nivellieren,
  - ✚ weil dies dem Leistungsgedanken und damit dem Wettbewerbsprinzip widerspricht.
  
  - ✚ Es wird zudem ein Fehlanreiz bei zu starker „Verteilungsgerechtigkeit“ geschaffen, weil bei einer Egalisierung der wirtschaftlichen Resultate den Menschen der Anreiz genommen wird, das Resultat überhaupt erst zu erbringen.
- Richtig verstanden bedeutet Gerechtigkeit „Chancengerechtigkeit“:
- ✚ Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Menschen – insbesondere über Bildungsangebote – gleiche Ausgangsbedingungen erhalten und auch im Übrigen Chancengleichheit gewahrt bleibt.
  - ✚ Diese Chancen zu nutzen, obliegt aber der Verantwortung des Einzelnen,
  - ✚ wobei der Staat aber denjenigen gegenüber in der Verantwortung bleibt, die z.B. wegen Krankheit oder Alter objektiv nicht in der Lage sind, diese Chancen zu nutzen.

- ✚ Ein Schlüsselwort der sozialen Marktwirtschaft ist die Subsidiarität. Das heißt, dass jeder zunächst für sich selbst verantwortlich ist, dann erst, nachrangig, die ihn tragende Sozialgemeinschaft (Familie oder Gemeinde), dann die Sozialversicherungssysteme und erst zuletzt der Staat.
  
- ✚ Auch denjenigen gegenüber, die infolge einigen Fehlverhaltens oder unglücklicher Umstände scheitern, ist der Staat zu einer Grundsicherung verpflichtet ist (ein Minimum an Sicherheit ist einer Sozialen Marktwirtschaft immanent).
  
- Auf den einzelnen Politikfeldern nimmt die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes eine wichtige Rolle ein:
  - Hier steht die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes im Mittelpunkt,
    - ✚ weil die Unternehmen selbst in wirtschaftlich guten Zeiten zögern Menschen einzustellen.
  
    - ✚ Dies liegt an ihrer Sorge, sie in schlechteren Zeiten wegen des Kündigungsschutzes nicht entlassen zu können,
  
    - ✚ so dass sie die Mehrarbeit eher durch Überstunden erledigen lassen.

- Der Kündigungsschutz hat sich damit zu einem Instrument der Besitzstandswahrung für diejenigen entwickelt, die einen Arbeitsplatz haben, und
- wirkt diskriminierend gegen diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben, weil er sie dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausschließt.
- Der Kündigungsschutz deutscher Prägung ist damit im höchsten Maße ungerecht, so dass in diesem Punkt gar kein Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit besteht:
  - ✚ Eine Lockerung des Kündigungsschutzes ist vielmehr ein Gebot, das sowohl zu mehr wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftlicher Dynamik als auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt.
- Hinzu kommt, dass das Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland im Vergleich zu den Nachbarstaaten sehr hoch ist, was dazu führt,
  - dass die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr zu finanzieren sind,
  - was die volkswirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands in Mitleidenschaft zieht.



- Die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen stellen zudem eine Zusatzsteuer auf Arbeit dar, was die Bereitschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, schwächt.
- Und schließlich hat das hohe Niveau der Sozialleistungen dazu geführt, dass in Deutschland der Niedriglohnssektor quasi nicht mehr existent ist:
  - ✚ Es lohnt sich für die Menschen nicht mehr, niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen, weil die Leistungen aus der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung häufig höher sind als das, was sie selbst im Niedriglohnbereich verdienen können.
  - ✚ Auf diesem Weg wurde über das System der sozialen Absicherung ein Mindesteinkommen definiert – mit verheerenden Wirkungen für den Arbeitsmarkt.
  - ✚ Ziel muss es außerdem sein, Menschen, die auch in Zukunft auf Sozialhilfe angewiesen sind, über Arbeit im Interesse der Sozialgemeinschaft wieder an das Erwerbsleben heranzuführen.
- ❖ Dieses – in den USA der 30er Jahre unter Franklin D. Roosevelt „Workfare instead of Welfare“ genannte – Konzept eines aktiven Sozialdienstes statt einer passiven Sozialhilfe ist außerdem dazu geeignet, noch auf uns zukommende Probleme infolge des demographischen

Wandels (Kosten der Pflege alter Menschen etc.) abzufedern.

- Im Ergebnis bedeutet „soziale Marktwirtschaft“ heute, dass die umfassende soziale Sicherung durch eine stärkere Betonung der Eigenverantwortung eines jeden Menschen ergänzt werden muss:
  - ✚ Hierzu sind in Deutschland in den letzten Jahren bereits einige Maßnahmen ergriffen worden – es müssen jedoch weitere Anstrengungen und Verzichtseleistungen erbracht werden. (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung)
  - ✚ Es wird im Ergebnis darauf hinauslaufen, nur noch jene Risiken über die Gemeinschaft abzusichern, die zu groß sind, als dass der Einzelne sie selbst tragen könnte, wohingegen kleinere Lebensrisiken von jedem selbst zu tragen bzw. über den Kapitalmarkt abzusichern sind.
  - ✚ Für die Alterssicherung ist die Notwendigkeit der zusätzlichen privaten Vorsorge (über den Kapitalmarkt) infolge der demographischen Entwicklung mittlerweile allgemein akzeptiert.
  - ✚ Im Ergebnis heißen die drei Schlüsselworte für unsere Sozialversicherungssysteme: mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, mehr Kapitaldeckung.

✚ Nötig ist dazu vor allem ein Mentalitätswechsel der Deutschen:

- ❖ Die stärkere Betonung der wirtschaftlichen Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen muss nicht nur als ökonomische Notwendigkeit akzeptiert,
  - ❖ sondern vielmehr als persönliche Chance begriffen werden, die jedem eigene, neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.
  - ❖ In einer stark konsensbetonten Gesellschaft wie der deutschen braucht ein derartiges Umdenken jedoch Zeit – hierzu gehört auch ein anderes Verständnis von den Aufgaben des Staates.
- Die stärkere Betonung der wirtschaftlichen Freiheit bedeutet vor allem auch, die Wachstums- und Wettbewerbskräfte insbesondere der deutschen Wirtschaft zu stärken:
- Der Staat muss die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Unternehmen innerhalb der sozialen Marktwirtschaft gedeihlich entwickeln sowie schnell und flexibel auf die Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft reagieren können.
- ✚ Dazu zählt der Abbau unnötiger Bürokratie genauso

- ✚ wie die Senkung der von Unternehmen zu entrichtenden Steuern und Sozialbelastungen.
- Gleichzeitig müssen aber auch die deutschen Unternehmen selbst noch beweglicher werden:
  - ✚ Dazu ist zum einen erforderlich, sie von unnötigen Fesseln zu befreien, wie den angesprochenen Regeln der betrieblichen Mitbestimmung, die in dieser Form kein anderes Land der Welt eingeführt hat, und den vielen Vorschriften (Entbürokratisierung), die das betriebliche Leben der Unternehmen im Alltag bestimmen (Statistiken, Genehmigungen, Überwachung).
  - ✚ Zudem lösen sich zurzeit die wechselseitigen Verflechtungen der großen Unternehmen durch gegenseitige Beteiligungen (Stichwort: „Deutschland AG“), was die Flexibilität der Konzerne, insbesondere der Banken erhöht.
- Außerdem benötigen wir eine Stärkung des Wettbewerbs auch innerhalb unseres föderalen Systems.
  - ✚ Deutschland ist zur Zeit dabei, seinen Föderalismus neu zu beleben (Stichwort: Föderalismusreform) und

- ✚ dabei vor allem Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu und klarer gegeneinander abzugrenzen sowie die Finanzverfassung zu reformieren.
  - ❖ Dies soll sowohl zu mehr Wettbewerb unter den Ländern führen,
  - ❖ als auch – zusammen mit dem Abbau von Bürokratie sowie der Senkung der Steuer- und Abgabenlast der Unternehmen – die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland erhöhen, weil klare Zuständigkeiten schnellere Entscheidungen z.B. bei Unternehmensansiedelungen ermöglichen.
- Das besondere an unserer Sozialen Marktwirtschaft ist, dass wir zur Umsetzung der notwendigen Reformen – von denen ich Ihnen einige exemplarisch genannt habe – keine neue Wirtschaftsordnung brauchen, sondern dies innerhalb des bestehenden Systems tun können.
  - Die zukünftig notwendige stärkere Betonung der wirtschaftlichen Freiheit ist genauso im System der Sozialen Marktwirtschaft angelegt,
  - wie es die Fokussierung auf die soziale Gerechtigkeit der letzten Jahrzehnte war.

- Die Soziale Marktwirtschaft kann ein Modell für die Europäische Union sein, weil sie auch einen Mittelweg findet zwischen dem sehr stark kapitalmarktorientierten Modell Grossbritanniens auf der einen Seite und der stark durch Staatseinfluss geprägten Politik Frankreichs auf der anderen Seite:
  - Die Soziale Marktwirtschaft löst als Wirtschaftsordnung den Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit angemessen auf und
  - versetzt die Volkswirtschaften in die Lage, das Pendel zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit stets aufs Neue – in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Lage – neu zu justieren.